



Seiner Exzellenz dem Mitglied der
Europäischen Kommission
Frau Cecilia Malmström
Kommissarin für Handel
Europäische Kommission
1049 Brüssel
BELGIEN

Ihre Nachricht vom
Ihr Zeichen

Unsere Nachricht vom
Unser Zeichen C 15 – 1518-3-683

München, 20.11.2014
Durchwahl: 089 2165-2681

**Freihandelsabkommen TTIP (USA), CETA (Kanada) und TiSA -
Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Schutz der öffentli-
chen Dienstleistungen**

Sehr geehrte Frau Kommissarin,

ergänzend zum Schreiben von Frau Staatsministerin Ilse Aigner und mir
vom 6. November 2014 habe ich aus aktuellem Anlass noch ein sehr gro-
ßes Anliegen an Sie, bei dem ich Sie um Unterstützung bitte:

Wie Sie wissen, bestand bei den Kommunen und Bürgern in Bayern und
weit darüber hinaus in Europa im letzten Jahr die Besorgnis, dass die ge-
plante Richtlinie über die Konzessionsvergabe Auswirkungen auf die örtli-
che Trinkwasserversorgung haben könnte, die letztlich viele Kommunen zu
einer Privatisierung gezwungen hätten. Diese Besorgnis konnte ausge-
räumt werden, indem der Wassersektor aus dem Anwendungsbereich der
geplanten Richtlinie explizit ausgenommen wurde. Für diese Klarstellung ist
die Bayerische Staatsregierung im Interesse der Kommunen und Bürger
sehr dankbar. Nunmehr besteht die Befürchtung, dass durch Handelsab-
kommen wie CETA (Kanada), TTIP (USA) oder dem multilateralen Dienst-
leistungsabkommen TiSA Liberalisierungsbestrebungen im Bereich der öf-
fentlichen Dienstleistungen sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge wieder

./.

auf die Tagesordnung kommen könnten. In den letzten Tagen haben mich zahlreiche Anfragen hierzu seitens der Kommunen erreicht. Darüber hinaus wurden mir bereits zahlreiche Resolutionen von Städten und Gemeinden gegen TTIP, CETA und TiSA übermittelt. Die Ängste verbreiten sich in Bayern und Deutschland, so auch in meiner Heimat Schwaben, aktuell strohfeuerartig.

Die Sorgen der Kommunen in diesem Zusammenhang nehme ich sehr ernst. Um diesen Befürchtungen zu begegnen, bitte ich Sie nachdrücklich um eine öffentliche Kommunikation gegenüber den Kommunen, dass mit diesen Abkommen keine unmittelbare oder mittelbare Verpflichtung zur Liberalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verbunden ist und die öffentlichen Dienstleistungen wie auch die Gesundheits- und Sozialdienstleistungen geschützt bleiben. Die Informationen auf Ihrer Internetseite zu dieser Thematik gehen zwar in die richtige Richtung, sind aber noch nicht deutlich genug, um die Befürchtungen in den Kommunen zu zerstreuen. Es ist daher sehr wichtig, möglichst rasch eine klare öffentliche Aussage seitens der EU-Kommission zu erhalten, um dem zunehmend großen Widerstand gegen die Handelspolitik der EU zu begegnen. Ich danke Ihnen bereits vorab für Ihre Unterstützung.

Die kommunalen Spitzenverbände in Bayern erhalten eine Kopie dieses Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen